Zeitschrift: Bündner Jahrbuch : Zeitschrift für Kunst, Kultur und Geschichte Graubündens

Herausgeber: [s.n.]

Band: 35 (1993)

Artikel: Brennpunkte in dieser Zeit

Autor: Cadruvi, Donat

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-555665

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Brennpunkte in dieser Zeit

Betrachtungen von Donat Cadruvi

Welches Europa?

Was Europa sein wird,
wissen wir nicht, aber
was es ist, sehen wir:
ein Kontinent im Übergang.
(Karl Schlögel)

Die Fragen um die Vereinigung Europas haben sich in den letzten Jahren auch für den Kleinstaat Schweiz in den Vordergrund der politischen Diskussionen geschoben. Es stehen (wohl schrittweise) Entscheidungen an, in welche auch der Souverän einbezogen werden muss. Vorher geht es aber, soll der Bürger in der Stunde X wissen, worüber er zu befinden hat, um langwierige, allerdings auch sehr notwendige Informations- und Meinungsbildungsprozesse, die auf breitester Grundlage auszutragen sind. In dieser Hinsicht besteht m. E. immer noch ein ganz beträchtlicher Nachholbedarf. Wenn in unserem Lande – wie ein Kenner der Szene unlängst zu behaupten wagte – nur rund zweitausend Personen Bescheid wissen, dürfte erkennbar sein, welche Aufklärungsarbeit den Bundesbehörden noch bevorsteht.

Aus allen Ecken, auch von zahlreichen Kathedern herab erklingt gegenwärtig in einer Lautstärke, die der Bedeutung der Sache, aber auch der Distanz zwischen den divergierenden Anschauungen entsprechen mag, der Ruf nach befürwortenden Entscheidungen, gelegentlich aber auch – und nicht minder deutlich – nach Ablehnung eines Beitrittes der Schweiz zur Europäischen Gemeinschaft (EG) oder gar von vorbereitenden Teilmassnahmen, welche spätere Schritte in Richtung Vollanschluss präjudizieren könnten. Für den Augenblick ist festzuhalten, dass der Bundesrat das Beitrittsgesuch im Rahmen seiner aussenpolitischen Zuständigkeiten eingereicht hat.

Es ist in den Verlautbarungen zum Thema Europa auch die Rede von der *«Baustelle Europa»*. Was soll da gebaut werden, wer baut wofür, mit welchen Mitteln und für wen? Was ist von einem Vollbeitritt der Schweiz zu erwarten? Aber auch: Mit welchen Opfern erkaufen wir Schweizer diesen Schritt, diesen angeblichen Fortschritt?

Es fällt auf, dass der weitaus überwiegende Teil an Gesprächsstoff, an Argumenten und Gegenargumenten in dieser Frage auf die organisatorischen, politischen und wirtschaftlichen Aspekte der Vereinigungsprogramme entfällt. Mit einigem Abstand folgt das Rechtliche, für uns Schweizer ein Kapitel von hervorragender Tragweite. Damit sind für uns staatspolitische Probleme verknüpft, die uns brennend interessieren müssen, etwa die Folgen von umfassenden Reformen auf allen möglichen Gebieten der Rechtsordnung – Anpassung an das EG-Recht heisst dies kurz und bündig –, auch und vor allem die Fragen um den künftigen Umgang mit unseren Volksrechten in einem zusammengeschlossenen Europa, schliesslich vielleicht auch die Preisgabe von Errungenschaften, die ein Schweizer bekanntlich nicht so ohne weiteres einzubüssen bereit ist. Gerade für eine Demokratie eidgenössischen Zuschnitts wird der Weg in die staatspolitisch und rechtsstaatlich nach unserem Geschmack eingerichteten Gemächer «unter dem Dach Europas» ein langer und ein schwieriger werden. Womit nicht gesagt sei, dieser Weg falle für uns a priori ausser Betracht. Allein, vorerst dürfen wir fällige, nicht unverbindliche Auskünfte zu ganz wesentlichen Fragen erwarten, ohne deren ausreichende und berechenbare Beantwortung auch unser Volk sein Plazet zum Vollbeitritt nicht ohne weiteres erteilen wird.

Nun gibt es ausserhalb dieser wirtschaftlichen, politischen und rechtlichen Problematik aber noch andere Gebiete, die ebenfalls zu betrachten und zu überprüfen sind, bevor zu Neuerungen wahrhaft historischen, jedenfalls europäischen Ausmasses Ja oder Nein gesagt wird. Ich denke da insbesondere an die kulturellen und an die geistigen Aspekte eines derartigen Prozesses. Und in dieser Nische steckt auch die Frage: Zu welchem Europa sollten wir in den nächsten Jahren aufbrechen? Die Antwort auf diese Frage liegt keineswegs auf der Hand, aber die Frage muss (gerade deshalb mit Nachdruck) gestellt werden.

Es kann sich nicht nur um ein Europa der Organisation einer Rechtsgemeinschaft oder einer Ökonomie handeln. Es gibt da vielmehr mannigfaltige, eigenständige Kulturen, die von Völkern entwickelt wurden und von ihnen getragen werden, die den Vorstellungen und Bedürfnissen vieler

Menschen entsprechen und möglicherweise auch genügen; es gibt die Regionen, aus denen im Verlauf der Jahrhunderte bekanntlich ganz bedeutende kulturelle Werte und Entwicklungen hervorgegangen sind, Regionen, an denen nicht nur in Norditalien oder in Bayern verbissen festgehalten wird; die Regionen, die für manchen Europäer mehr «Heimat» und mehr Verwurzelung bedeuten als ein noch so grosses künftiges Gebilde Europa.

Es gibt in der Tat zu denken, dass zur gleichen Zeit, da die europäischen Mächte und ihre Wortführer rasche Schritte hin zur Einigung fordern – von technischen Daten bis zur europäischen Einheitsvaluta – , durch das nämliche Europa der eisige Wind der Auflösung alter und neuer Strukturen, auch der regionalen Sezessionen, fegt. An Beispielen für dramatische, auch für schmerzhafte Prozesse – freilich auch mit sehr unterschiedlichen, in Einzelfällen gar mit nicht nachvollziehbaren Begründungen – fehlt es in der Tat nicht: Die heutigen Bestandteile der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) mit ihren latenten und offen ausgetragenen, beinahe täglichen Divergenzen; Jugoslawien, das an Kriegen, Not und irrationalen Fehden zu verbluten droht; und ein kürzlich aufgerichteter Staat der Tschechen und Slowaken, der auseinanderzubrechen droht.

Es kann in diesem Zusammenhang nicht schaden, auf Jeanne Hersch zu hören, für welche etwa die Jugoslawienkrise kein gutes Omen darstellt. Es ist die gleiche, zu Recht angesehene Genfer Philosophin, die für das «Westeuropa der Integrationsbemühungen den föderalistischen Weg» fordert. Wenn Europa föderalistisch lebe, dann bestehe «keine Gefahr eines sogenannten multikulturellen Einheitsbreis». Hier wird also versucht, zwischen politischen Prinzipien und einer kulturellen Entwicklung vereinigter Staaten eine vitale Beziehung herzustellen (vgl. «Die Furche» Nr. 26 vom 25. Juni 1992).

Auseinanderbrechen alter und neuer Strukturen in einem mächtig in Bewegung geratenen Europa: In Bewegung hin zur Vereinheitlichung, aber auch in Bewegung mit Blick auf Auflösungsprozesse. Einbrüche allenthalben auch dort, wo seit 1990 eine Entwicklung der Befriedung Europas und der Welt, hoffnungsvoll zudem im Sinne eines Übergangs zu geordneten demokratischen und rechtsstaatlichen Verhältnissen und schliesslich zu mehr sozialer Gerechtigkeit und zu grösseren kulturellen und geistigen Freiheiten für die hier lebenden Menschen gepriesen wurde. In dieser Beziehung sind die Hemmungen und Bedenken zu verzeichnen, die je länger je deutlicher auch aus dem Munde von Intellektuellen und Schriftstellern zu vernehmen sind, wenn von den Auswirkungen der Wiedervereinigung Deutschlands die Rede ist. Hier greifen neueste Dispute in Dimensionen aus, welche die üblichen und gängigen Einheitsdebatten um das neue Europa an Verbissenheit deutlich übertreffen. «Im Grunde wollte die deutsche Linke in Ost und West – von Günter Grass bis Heiner Müller, von Walter Jens bis Stefan Hermlin – keine Wiedervereinigung unter marktwirtschaftlichen Vorzeichen, viele auch nicht unter dem Signum der parlamentarischen Demokratie. Die für die Nichtprivilegierten in der DDR zynisch wirkende Forderung, ‹noch eine Runde Sozialismus dranzuhängen›, wie Martin Walser spottete, erhielt in den Formulierungen Christa Wolfs und ihrer Kombattanten (etwa Volker Brauns) den Klang, als gelte es, gut siebzig Jahre nach der Oktoberrevolution auf dem armen, verseuchten Boden der kleinen DDR nun endlich die wahre sozialistische Demokratie zu verwirklichen» (vgl. Karl Corino in der FAZ-Literaturbeilage Nr. 136 vom 13. Juni 1992).

(Hier wäre aus einer ganz allgemein menschlichen und sozialen Optik heraus auch zu fragen, weshalb es just die Intellektuellen und Schriftsteller, die sich zum Sachverhalt der Wiedervereinigung Deutschlands äussern, diese unsägliche Mühe haben, ihre Sehnsüchte nach überwundenen Missständen zu vergessen? Diese Frage nach dem postkommunistischen Wehklagen wäre freilich nicht nur an deutsche Schriftsteller zu richten!)

Wenn also der Abbruch bankrotter Systeme und Mechanismen und maroder Einrichtungen – es genügt hier das Wort Stasi, «das Auge und das Ohr des Regimes» –, die kein sehender Mensch vom Stigma der Menschenfeindlichkeit wird befreien können, schon kurze Zeit nach der friedlichen Revolution in Osteuropa zu derartigen Positionen in Kreisen eines Teils der geistigen Elite – ich meine jener Leute, von denen eine redliche Denkarbeit und Differenziertheit in der Auseinandersetzung mit den Grundfragen menschlicher Real-Existenz zu erwarten wären – führen kann; wenn die Wiederherstellung persönlicher und politischer Freiheiten nicht höher eingeschätzt wird von Leuten, welche die Qualen geistiger Erniedrigung an sich und bei anderen Menschen hätten wahrnehmen müssen; wenn die Angst vor dem «Kapitalismus westlicher Konsumgesellschaften», vor der «rüden Ausbeutung», vor den «Kolonialherren», überhaupt vor dem totalen «Pfusch» der Wiedervereinigung grösser ist als die Erwartungen, die ein Europäer zu dieser Zeit auf Demokratie und Rechtsstaat – also auf die bewährten Garanten brauchbarer Freiheiten und unverzichtbarer Menschenwürde – setzt, dann freilich erscheint die Frage, ob Europas Boden für eine baldige Vereinigung geistig und kulturell ausreichend vorbereitet sei, mehr als berechtigt (vgl. Ignaz Müller in der NZZ Nr. 96 vom 25./26. April 1992).

(Im übrigen warten wir immer noch auf eine einsehbare Definition der «wahren sozialistischen Demokratie» – auch von den Herren Grass und Konsorten. Eine derart bedeutsame Position kann wohl nicht ohne konkrete und prinzipielle Begründung vertreten werden).

Also «Keine Angst vor Europa», wie ein von Andreas Doepfner soeben herausgebrachtes und bei Styria in Graz erschienenes Buch im Titel erwartet? Auch diese Frage kann erst dann schlüssig beantwortet werden, wenn einigermassen mit Sicherheit und Klarheit abzuschätzen ist, über welchen geistigen und kulturellen Konsens in den Grundfragen menschlichen Zusammenlebens jene Völker verfügen, die einst das vereinigte

Europa bilden sollen. Das ist eben auch die Frage nach den geistigen Fundamenten des Erdteils, die Frage nach den geistigen Koordinaten unserer Geschichte. Als Antwort darauf taugen die bloss organisatorischen, rechtlichen und ökonomischen Bescheide, so wichtig und notwendig sie auch sein mögen, bei weitem nicht.

In seinen «Blättern aus dem Brotsack» (1939) stellte Max Frisch auf seine Art die bohrende, ätzende Frage: «Menschen eines Kleinstaates, was haben wir denn in der Welt zu erobern, wenn nicht die Weite des Herzens, die Reinheit und den Adel einer Gesinnung?» (vgl. Antworten, herausgegeben von Beatrice von Matt, Verlag NZZ, 1991, S. 337). Eine zweifellos bedeutsame und nützliche Frage, die auch hier keineswegs aus dem Zusammenhang unserer Betrachtungen auf dem Weg nach Europa fällt.

Wenn es in dieser europäischen Politik irgendwo noch einen engen Winkel, einen winzigen Raum für eine einfache, eine weise und beinahe philosophische Empfehlung gäbe, dann würde es wohl heissen müssen:

Das alles braucht Zeit!

So etwa, wie Camilo José Cela seinen Vagabunden, «der ein ganz alter Abendländer» ist, erklären lässt: Die Menschheit hat noch einen weiten Weg zurückzulegen.

Fürwahr. Auch im Europa des ausmündenden 20. Jahrhunderts, im Europa der grossen Erwartungen.

Notstand?

In der Diözese Chur gibt es, wie man fortwährend hören und lesen kann, einen «Fall Haas». Von dieser Vokabel ausgehend behauptete das Fernsehen DRS kürzlich, es herrsche in diesem Bistum der Notstand. Ich zitiere diese Aussage nur deshalb, weil sie stichwortartig aufzeigt, welche Sprache in dieser Angelegenheit gesprochen wird und wie beliebig sich die öffentliche Diskussion auch hier mit blossen Schlagworten begnügt.

«Fälle» gibt es in der Tat, auch in der Kirche. Sie können bekanntlich auch herbeigewünscht werden. Es soll in der Medienwelt nicht wenige Leute geben, die davon leben, «Fälle» hervorzubringen. Aber auch diese Feststellung sagt darüber, ob es einen «Fall Haas» gibt und was er sachlich bedeuten könnte, gar nichts aus.

Versuchen wir – aus meiner Feder geschieht es erstmals – also, herauszufinden, wie es zu dieser inzwischen zum Gemeinplatz entwickelten Erklärung gekommen ist bzw. kommen konnte. Das ist kein einfaches Unterfangen. Aber auch komplizierte und diffuse Sachverhalte, die auf irgendeine Weise die Menschen einer Zeit angehen, müssen erklärt werden, damit dem Ansturm gefährlicher Missverständnisse Einhalt geboten werden kann. (Was in der katholischen Kirche vor sich geht, ist übrigens ein Tatbestand, der auch Aussenstehende berühren kann).

Einiges ist nur zu begreifen, wenn vorerst an die allgemeine Situation einer in hektischem Wandel begriffenen Weltkirche erinnert wird. Das Wort «Ecclesia semper reformanda» ist zwar nicht mehr ein Wort aus dem Munde von Ketzern, sondern eine «dogmatische Konzilsaussage« (vgl. Mario von Galli, Prophetische Reden, herausgegeben von Ulrich Stockmann, Pendo, Zürich 1988, S. 83). Eine Kirche, die stetem Wandel unterworfen ist, hat auch ihrer jeweiligen Epoche standzuhalten, den geistigen Tendenzen und Strömungen dieser Zeit zu begegnen, was sowohl Auseinandersetzung, Ablehnung, als auch Anpassung bedeuten kann; sie hat «das Kreuz der Säkularisierung» zu tragen; sie steht unausweichlich auch den Ansprüchen eines übersteigerten materiellen Wohlstandes und «gegenreligiösen Fortschrittsbewegungen» gegenüber. Sie hat unter veränderten Verhältnissen Lehren zu verkünden und zu erläutern, die zu bestimmten Zeiten nicht ohne weiteres akzeptiert werden. Und sie hat die unendlich schwierige Aufgabe, auf Dauer das «depositum fidei», ihr Glaubensgut zu wahren und ihre Einheit zu erhalten. Der Druck von innen und von aussen wächst spürbar. Die Verwirrung in der Kirche hat ihre alten und neuen Ursachen: Die Fragen um Zölibat und Weltbevölkerung; alles, was unter dem Begriff der Neuevangelisierung der Menschheit verstanden oder missverstanden wird; die Auseinandersetzung mit der Befreiungstheologie in Lateinamerika mit ihren markanten sozialen Positionen. Und sodann die nicht abreissenden Vorwürfe, sie erstarre in ihren Dogmen; sie sei unfähig, eine Sprache zu gebrauchen, die von den Menschen auch verstanden werde; und überhaupt die «Bürde ihrer Geschichte», einer alten Geschichte.

Darüber erscheinen Bücher, darüber wird mit und ohne ernsthafte Absichten weltweit diskutiert. Dies alles ist der Boden einer Unsicherheit, die da und dort zur Unordnung, bei vielen Menschen auch zur Verwirrung und Orientierungslosigkeit ausarten kann.

Im Lichte dieser und anderer Erscheinungen, die hier nur beispielsweise aufgezählt, aber nicht bewertet werden – namentlich nicht inbezug auf Glaubensinhalte –, ist auch einiges zu betrachten und zu orientieren, was zum Inventar des «Falles Haas» gehört. Besonders konkret kommen seit der Weihe von Wolfgang Haas (1988) verfahrens- und staatskirchenrechtliche Diskussionen, in diesem Sektor auch unliebsame Grabenkämpfe mit Gutachten und Gegengutachten, parlamentarische Interventionen und Konflikte mit Kantonsbehörden hinzu. Davon blieb Graubünden mit dem Bischofssitz natürlich nicht verschont. Allmählich entstand hüben wie drüben der Eindruck, es fehle bei den «Parteien» jegliche Dialogbereitschaft und -fähigkeit. Es folgten die in meinen Augen wenig ruhmreichen, aber letztlich nicht entscheidenden Finanzbeitragsboykotte. Kurzum: Das Gespräch um das Wesentliche ging auf fatale Weise in einer Art Verbalkrieg unter. Unter dem Titel «Rette, was zu retten ist» wurde sogar ein ausländischer Erzbischof als Untersuchender und Vermittler herbeigerufen, auch das ein untrügliches Zeichen für die

beinahe hoffnungslose Verkrampfung und Erstarrung der Fronten.

Für mich handelte es sich – immer auf Distanz zu beiden «Parteien» – von Anfang an um eine Frage der Information und der Orientierung all jener Menschen, die diesen ärgerlichen Prozess mit Unruhe, auch mit Empörung und bald mit Unlust verfolgten, die sich aber zu dieser «verwirrten» Kirche zählen und also betroffen sind. Mit der Zeit setzte sich der notwendige und – so meine ich – auf dieser Stufe auch mögliche Dialog nur noch aus Fetzen von Vorwürfen und Gegenvorwürfen, von Anlastungen und Unterstellungen zusammen. Daraus konnte sich bis auf den heutigen Tag verständlicherweise wenig Erspriessliches ergeben.

Ich gehöre keineswegs zu jenen, die meinen, es sei nach der rechtlichen Ordnung in der Kirche – die ein Rechtsgebilde ist und somit auch einer Ordnung bedarf – nicht mehr zu fragen, etwa im Zusammenhang mit der Spende des Sakramentes der Firmung, worüber es nicht nur Kompetenzkonflikte, sondern ganze Statistiken gibt, die beweisen sollen, dass der Bischof in aller Regel nicht mehr erwünscht sei, Zuständigkeit hin oder her. Inmitten derartiger Wirrnisse konnte sich die alte Lust an Polemiken um Päpste und Bischöfe wieder einmal ausleben. (Dies nannte der deutsche Pastor W. Henze sehr zutreffend «eine weitverbreitete Neigung, solchen Theologen zuzujubeln, die mit dem Lehramt in Konflikt geraten sind»). Und es gab auch den Vorschlag, es sei, um aus der Misere herauszukommen, «der politische Weg» zu beschreiten, was darunter auch immer zu verstehen wäre. Andererseits habe ich den Eindruck, dass die Kurie diesen oder jenen Rückschlag, dieses oder jenes Missverständnis, diese oder jene Fehde hätte vermeiden oder abschwächen können, wenn sie die verfügbaren Mittel einer offenen und verständlichen Information rechtzeitig und lückenlos eingesetzt hätte. (Sie hätte auch auf einige ungeschickte, zur Unzeit getroffene Personalentscheidungen ohne Schaden für die relevanten Fragen verzichten können!) Es entzieht sich meiner Kenntnis, wo die Ursachen dieses offenkundigen Mangels an Verständnis für Information und Timing liegen. Bekannt ist nur, dass die Konsequenzen derartiger Unterlassungen und Fehler verhängnisvoll waren. Auf diese Weise entstand gelegentlich auch der Eindruck, es sei die erforderliche und dienliche Bereitschaft zum Dialog beim Ordinariat nicht im wünschbaren Ausmass vorhanden. Es ist inzwischen bekannt geworden, welche Schlüsse eine breite Öffentlichkeit aus diesen Fakten oder auch aus blossen Vermutungen gezogen hat.

Ich habe mich oft gefragt, wohin wir im liberalen und demokratischen Staat kämen, wollte der Bürger eine rechtens geschaffene und anerkanntermassen existente Rechtsordnung nicht mehr respektieren, weil ihm eine Regierung aus welchen Gründen auch immer nicht behagt. Auf diese Frage erhalte ich regelmässig die Antwort, das seien zwei Paar Stiefel, was natürlich zutrifft. Aber in der Frage, ob eine im Interesse der Menschen geschaffene Rechtsordnung als gültig anzuerkennen und zu beachten sei, gibt es diesen grundsätzlichen Unterschied nicht. (Nur der Vollständigkeit halber sei immerhin darauf hingewiesen, dass wir gegenwärtig auch im zivilen Bereich auf Ansätze zu einem liederlichen Umgang mit rechtlich geordneten Kompetenzen im Bund stossen, etwa dann, wenn Initiativen dazu dienen sollen, diese Ordnung ad hoc und nach Belieben auf den Kopf zu stellen, ohne in den Parlamenten den Protest der Gralshüter des Rechts gewärtigen zu müssen!) Oder was würde geschehen, wenn die Behörden ihre elementarsten Informationspflichten nicht oder nur lückenhaft erfüllen würden? Auch in kirchlichen Kreisen muss man wissen (oder lernen), dass eine glaubwürdige und rechtzeitige Information der Öffentlicheit das A und das O der Pflege von Vertrauen und Verständigung ist – just in einem Bereich, in welchem viele Fragen in ihrer Darstellung und bereits in der Sprache ungemein schwierig sind.

Mario von Galli kommt im erwähnten Buch immer wieder auf Konzilsaussagen von Papst Johannes XXIII und auf Wahrnehmungen im Konzilsgeschehen zu sprechen, auch auf die Erkenntnis, die Welt sei ein grosses Zusammenwirken von unendlich vielen Kräften und Menschen, auch auf die Forderung sodann, die Menschen in der Kirche sollten sich ohne Furcht an das Werk machen, das «unsere Zeit verlangt» (a.a.O., S. 22 und 45). Es sind nach der gleichen Quelle «Schritte vorwärts zu machen in der Wahrheitsfindung».

Belehrt durch die Erfahrungen im «Fall Haas» – das sei betont: er dient uns in erster Linie als Beispiel für ein viel grösseres Geschehen – meine ich, der Schritt vorwärts wäre von beiden Seiten zu tun mit Hilfe der Einsicht in die ganz praktische Notwendigkeit des redlichen Dialogs und der offenen, ehrlichen, nicht fanatischen, nicht polemischen und nicht fundamentalistischen Darlegung kontroverser Anschauungen, die es auf diesem Gebiet und in einer Weltkirche immer gegeben hat und immer geben wird. Und ich wiederhole: Auf dieser Stufe sollte dieses Gespräch, das sich von einem Krieg zu unterscheiden hat, möglich sein. Notwendig wäre es ohnehin.

Schliesslich wäre etwa im Sinne einer Randbemerkung zu einer Chronik und mit Blick auf tagtägliche Vorkommnisse festzuhalten: Alles, was krumm verläuft, kann man auf dieser Welt und auch in der katholischen Kirche, und wäre es nur im Bistum Chur, nicht mit dem «Fall Haas» erklären. Auch in diesem Punkte müssten einige Aussagen der letzten Jahre korrigiert werden!

Tafel 4: Andreas Juon, Wintersturm (Pastell)

Zur Streitkultur der Rätoromanen

So etwas gibt es offenbar: Eine Streitkultur, Gedanken darüber, wie Meinungsverschiedenheiten von öffentlichem Belang unter Menschen in wesentlichen Fragen ausgetragen werden sollten. Es mag Aussenstehende in der Tat überraschen, wie häufig und wie konkret derartige Auseinandersetzungen um sprachpolitische Dinge unter den rund 40 000 Rätoromanen stattfinden und mit welcher Entschiedenheit sie ausgetragen werden.

Vorerst stellt sich die Frage, weshalb es immer wieder dazu kommt. Sie kann nur beantwortet werden, wenn wir uns die Lebensbedingungen dieser Sprachgruppe als Minderheit vergegenwärtigen, das andauernd Prekäre und Bedrohte einer unter starkem Substanzverlust leidenden kleinen Bevölkerungsgruppe von nicht einmal einem Prozent der Bevölkerung des Kleinstaates Schweiz. Die blosse Vorstellung genügt dabei nicht; man muss dies alles kennen, wenn möglich aus eigener Erfahrung. Im Grunde geht es buchstäblich um die Existenz, im schlimmsten Fall um das Aus, immer auch um die Angst, die nicht von der Hand zu weisen ist.

Wenn aber – so muss man sich gerade in dieser Situation fragen – solche Befürchtungen unablässig vorhanden sind, wenn der Erosionsprozess arrogant fortschreitet und wenn zumindest statistisch mit dem Ende gerechnet werden muss, dann müsste man nach landläufigen Begriffen und Erfahrungen, aber auch ganz einfach, praktisch und logisch die Frage stellen: Warum werden denn nicht alle Kräfte, Mittel und Begabungen auf Konsens und auf die Einigkeit konzentriert? Warum denn immer wieder Streit, Disput, Polemik und sogar persönliche Diskrepanzen?

Diese Frage kann man schon stellen, weil sie sehr vernünftig ist. Gleichzeitig darf aber auch festgehalten werden, dass es mindestens so logisch wäre, aus dem erwähnten Sachverhalt zu folgern, eben das sei ein Beweis dafür, dass die Rätoromanen der akuten Situation der Bedrohung ihrer Sprache und Kultur nicht gleichgültig gegenüberstehen. Es wäre tröstlich, zu wissen und glauben zu dürfen, dass dieses und nichts anderes die eigentliche Ursache so mancher Fehde sei.

So lupenrein sind aber die Motive der Auseinandersetzungen unter den Rätoromanen – wie man weiss – gar nicht. Die Händel finden unter Menschen statt, die auch hierzulande ihren Eigensinn, ihr Temperament, ihre Launen, ihre republikanischen Besonderheiten haben, nicht selten auch ihre «Politik» mitgeben möchten, von gelegentlichen parteipolitischen, konfessionellen und persönlichen Absurditäten gar nicht zu reden. Derartige Eigenschaften und Schwächen werden in umstrittenen Situationen zwar nicht versteckt. Für ihre negativen Folgen haftet indessen – wie es so ist – in aller Regel die «Gegenpartei».

Die neuesten Beispiele für diese Art der «Problemlösungen» sind auch Nichtromanen bekannt. Darüber wird unendlich viel geschrieben und geredet, postuliert, im Zusammenhang mit staatlicher Finanzhilfe auch debattiert. Einerseits gibt es da die Ligia Romontscha (LR) als Dachorganisation, deren ursprüngliche und sehr allgemein definierte Aufgabe es ist, die romanische Sprache zu fördern und ihre Interessen generell wahrzunehmen. Diese LR verfügt bekanntlich über namhafte personelle, finanzielle und administrative Mittel, auch über Beziehungen zu akademischen Stellen, zu Hochschulen, zur Medienwelt und zu Gruppen Anderssprachiger, welche die Tätigkeiten des romanischen Dachverbandes, als einer beinahe offiziösen Stelle, gutgläubig und wohlwollend interessiert verfolgen. Sie dürfen davon ausgehen, die Politik der LR sei ohne jeden Zweifel auf die Förderung der Sprachminderheit angelegt, und sie stehe in allem über der Sache. Wenn sich aus derart hohen Erwartungen und Ansprüchen mitunter Enttäuschungen ergeben, wer möchte diesen «Fremden» aus ihrer positiven Haltung auch nur den geringsten Vorwurf machen, etwa – und besonders deutlich wahrnehmbar – im Zusammenhang mit der nun seit zehn Jahren andauernden Diskussion um die sog. geschriebene Einheitssprache Rumantsch Grischun (RG) und darauf gekropft das Projekt einer romanischen Tageszeitung (La Quotidiana)? An der Erörterung dieser von der LR sehr dezidiert in die Wege geleiteten Massnahmen lässt sich gut ablesen, über welche Streitkultur die Rätoromanen im konkreten Fall verfügen.

Es darf trotz allem anerkannt werden, dass diese Auseinandersetzungen auch anerkennenswerte Aspekte aufweisen, so ein beträchtliches Mass an Leidenschaft «für die gute Sache», ein ebenso grosses Mass an Interesse für das Schicksal der Muttersprache. Ein gleichgültiges Verhalten wäre den Rätoromanen ungleich schärfer anzukreiden. Wenn es einmal soweit kommen sollte, dass der karge Rest an Aufrechten auch noch erklären würde, am Weiterbestand dieser Sprache und dieser Kultur desinteressiert zu sein, was dann?

Es wäre indessen töricht genug, zu übersehen, dass in diesen Streit auch Kräfte investiert werden, die hüben wie drüben besser für aufbauende Massnahmen – es müssten nicht immer und um jeden Preis neue «Experimente» sein – einzusetzen wären. Die Streitgespräche führen leider bei weitem nicht immer zu echten Fortschritten in den praktischen Lösungen; sie enden sehr oft im luftleeren Raum der Unfähigkeit oder der Weigerung, die Auseinandersetzung ernsthaft an die Hand zu nehmen und zu betreiben.

Der Konsens wird bisweilen ganz offensichtlich durch einen auch andernorts nicht unbekannten Umstand erschwert, nämlich durch die Tatsache, dass sich im Verlauf der Auseinandersetzungen sehr rasch das Offizielle, Elitäre der Führung einerseits und die sog. «Volksmeinung» andererseits als Antipoden herausstellen. Es lohnt sich, diese Erfahrung auch in den sprachpolitischen Zusammenhängen um die romanische Sprache zur Kenntnis zu nehmen und ihr eine angemessene Aufmerksamkeit zu widmen.

Die Elite, die Personen und Institutionen, die sich mehr oder weniger beruflich und auch gestützt auf Mandate

mit den Fragen um die Spracherhaltung befassen, haben in diesen Belangen natürlich eine wichtige und auch sinnvolle Funktion. Sie haben herauszufinden und vorzuschlagen, was im wohlverstandenen Interesse der Sache zu tun wäre; sie haben Wege und Mittel zu zweckmässigen Veränderungen und Reformen zu postulieren; sie haben auf verschiedenen Sektoren (Schulen, Kindergärten, Theater, Literatur, Gesang und Musik) geeignete Mittel einzusetzen, und ihnen obliegen auch relevante Tätigkeiten auf dem Gebiet der Information – was läuft in dieser Gesellschaft schon ohne PR? – und der Sprachforschung. In vielem haben sie die Rolle der Animatoren übernommen.

Es ist bekanntlich keine einfache Sache, derartige Programme und Ziele einer skeptischen Bevölkerung im einzelnen so zu erklären, dass sie anerkannt, akzeptiert und unterstützt werden. Das ist die Frage nach der Akzeptanz von Neuerungen, die etwa bezogen auf das RG sehr umstritten ist. Wenn diese Aufgaben aber schon ex natura sehr schwierig sind, dann wäre ein behutsames, jederzeit berechenbares und psychologisch differenziertes Vorgehen seitens der Elite nicht nur zu empfehlen, sondern eine glatte Notwendigkeit. Mancher Streit ist auf dem Boden derartiger Fehlleistungen entfacht worden, auch in Sachen RG und Quotidiana. (Was haben sich verschiedene Befürworter dieser Projekte eigentlich einfallen lassen, als sie einer ganz einfachen Petition an die Bundesbehörden, gerichtet gegen gewisse Sprachtätigkeiten eben dieses Bundes, einen rabiaten, gelegentlich bis zur persönlichen Diffamierung reichenden Widerstand entgegensetzen zu müssen glaubten?) Es dient der Sache keineswegs, wenn das Volk, auf das die Sprache letztlich existentiell angewiesen ist, den Eindruck gewinnen muss, das, was angeboten und vorgeschlagen werde, sei schliesslich etwas ganz anderes als das, was dann verwirklicht werden möchte. Dabei ist im Dschungel von Reden und Widerreden freilich nicht immer einfach, herauszufinden, was zutrifft und was blosse Mutmassung ist.

Auch in diesen Fragen kehrt der Beobachter des Geschehens aus Mangel an besseren Rezepten und Einsichten am Schluss seiner Betrachtungen zurück zu den ganz elementaren Prinzipien der Vernunft, der Geduld, des guten Augenmasses und der Wahrhaftigkeit. Damit ist freilich nicht sehr viel erreicht, aber mit Bestimmtheit mehr als dann, wenn diese Grundsätze aus welchen Gründen auch immer, aus Absicht oder Fahrlässigkeit, übergangen werden. Die Rätoromanen auch unserer Tage machen damit so ihre Erfahrungen. Sie werden ohne kräftige Bereitschaft zum redlichen Konsens nicht nur an Ort treten, sondern weitere Rückschläge in Kauf nehmen müssen. Die Elite muss wissen, dass sie lebenswichtige Aufgaben zu erfüllen hat und nicht das fröhliche Spiel von Experimenten «am Volk vorbei» betreiben darf, und dieses Volk muss einsehen, dass es schliesslich in entscheidender Weise auf seine aktive und bewusste Haltung in den massgeblichen Belangen des so komplexen Problemkreises Sprache und Kultur ankommt.

NATURSTEINARBEITEN
DER BILDHAUERMEISTER
DER NATURSTEINFACHMANN
JOCHSTRASSE 23 081 22 13 53
A. BIANCHI + CO CHUR

GRABSTEINE MACHT
DER BILDHAUERMEISTER
DER NATURSTEINFACHMANN
JOCHSTRASSE 23 081 22 13 53
A. BIANCHI + CO CHUR